

Jahresgespräch der Schaffhauser Wirtschaftsförderung

Erfolg überschattet vom Steuerstreit

SCHAFFHAUSEN. Die Wirtschaftsförderung blickt erneut auf ein erfolgreiches Jahr zurück. 30 Unternehmen konnte sie im Kanton ansiedeln. Anlass zur Sorge gibt jedoch der Druck aus der EU und den USA auf das Steuersystem der Schweiz.

VON JUDITH KLINGENBERG

Rund 380 Firmen sind bereits nach Schaffhausen gekommen, seit die Wirtschaftsförderung vor 15 Jahren ihre Tätigkeit aufgenommen hat. In dieser Zeit schufen die angesiedelten Firmen rund 2900 Arbeitsplätze. Über die Entwicklung im vergangenen Jahr konnten sich Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung am traditionellen Jahresgespräch von Wirtschaftsförderer Thomas Holenstein und Regierungsrat Ernst Landolt informieren lassen. Eine erfreuliche Entwicklung, wenn man den Wegfall des Bonny-Beschlusses per Ende 2010 bedenkt. Es konnten nämlich 30 Firmen für eine Ansiedlung gewonnen werden – nur gerade drei weniger als im Rekordjahr 2010. Zu den interessantesten Ansiedlungen gehören das Onlineportal Groupon, das Supply Chain Consulting-Unternehmen Bristlecone und die Tyco Flow Control. Alleine diese drei Unternehmen planen die Schaffung von insgesamt 70 Arbeitsplätzen. Im vergangenen Jahr

wurden insgesamt rund 400 Arbeitsplätze geschaffen, wozu Unilever massgeblich beigetragen hat. Die angesiedelten Firmen schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern sie generieren auch zusätzliches Steuersubstrat, wie Holenstein betonte. Im Jahre 2010 – die Zahlen von 2011 liegen noch nicht vor – belief sich der Steuerertrag aus Neuansiedlungen einschliesslich der Mitarbeitenden auf 53,6 Millionen Franken.

Kreativität und Synergien

Nebst den Ansiedlungen kamen beim Jahresgespräch auch die weiteren Tätigkeiten der Wirtschaftsförderung zur Sprache. Bei der Bestandespflege werden ansässige Unternehmen auf verschiedenste Art unterstützt, durch Beratung, Vermittlung von Kontakten oder Projekte wie etwa die im Zweijahresturnus stattfindende Tischmesse, an der 2011 rund 150 Aussteller teilnahmen. Beim Wohnortmarketing stand wiederum die vom Regierungsrat lancier-



Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt, Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel und Wirtschaftsförderer Thomas Holenstein (v. l.) informierten im Haus zur Wirtschaft. Bild: Judith Klingenberg

te Imagekampagne «Schaffhausen. Ein kleines Paradies» im Zentrum. Angesichts der beschränkten Mittel heisse das Motto «Kreativität statt Klotzen», so Holenstein. Mit der Verlosung einer Hochzeit auf dem Rheinfallfelsen, an der über 200 Paare teilnahmen, habe man ein hohes Medienecho im Zielgebiet erreicht. Ebenso zur Kampagnenstrategie des «armen Kantons» zählen Synergien. Als gelungenes Beispiel dafür nannte Holenstein die gemeinsame Medi-

enkampagne mit dem «festival» auf dem Herrenacker. Im Technologiebereich hat das ITS Industrie- und Technozentrum Schaffhausen über 180 Technologievermittlungen zwischen Unternehmen durchgeführt. Im Technologiepark Rhy/Tech sind bereits neun Firmen auf dem Areal in Neuhausen am Rheinfall tätig. Und das IPI International Packaging Institute ist nach erfolgter Umstrukturierung gut am Markt positioniert und wird heute bereits zu 72 Prozent mit Erträgen aus der Privatwirtschaft finanziert.

niert und wird heute bereits zu 72 Prozent mit Erträgen aus der Privatwirtschaft finanziert.

Schliesslich haben sich auch die RSE Regional- und Standortentwicklungsprojekte als gutes Instrument zur Standortattraktivierung etabliert. Seit 2008 wurden über 30 Projekte unterstützt. Durch den Einsatz von rund 5,5 Millionen Franken aus dem kantonalen Generationenfonds konnte dabei ein Projektvolumen von über 23 Millionen Franken ausgelöst werden.

Steuerstreit: Viel steht auf dem Spiel

Weniger erfreulich sind hingegen die möglichen Folgen des Steuerstreits, ausgelöst durch den zunehmenden Schuldendruck in der EU und den USA. Sollte, wie von der EU gefordert, die vor über 50 Jahren eingeführte Spezialbesteuerung für Unternehmen wegfallen, sei mit dem Wegzug der betroffenen rund 350 Firmen zu rechnen, warnte Holenstein. «Auf dem Spiel stehen rund 3000 Arbeitsplätze und Steuereinnahmen von rund 50 Millionen Franken.» Die Regierung setze alles daran, diese Entwicklung zu verhindern, sagte Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel. Stichworte dazu: Druck auf den Bund, Verhandlungsstärke gegenüber dem Ausland und eine Steuergesetzrevision.